

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gebladet 1820

Freitag, den 7. Februar 1924

Donnerstag den 7. Februar 1924

Verbreitete Stellung im Oberamtsbezirk — Kräftigen Kundes von bestem Erfolg.

Der neue Waffenschein ist durch die Reichsregierung in der Reichsdruckerei in Berlin gedruckt worden. Die Reichsregierung hat die Reichsdruckerei in Berlin beauftragt, die Waffenscheine in der Reichsdruckerei in Berlin zu drucken. Die Reichsregierung hat die Reichsdruckerei in Berlin beauftragt, die Waffenscheine in der Reichsdruckerei in Berlin zu drucken.

Verlagsschreiber: Friedrichsberger Verlag, Stuttgart 6118.

Nr. 32

Die nahende Krise

Von Reichsbankrat Maria Götz

Die Zukunft eines landwirtschaftlichen Hofes hängt ab von der Verhältniszahl zwischen Erzeugnispreisen und Produktionskosten. Diese bestehen aus Steuern, Löhnen und Produktionsmitteln.

Über unser gegenwärtiges Erzeugnis-Steuerverhältnis verliere ich hier kein Wort. Es ist ein bewusster Eingriff in die Vermögenssubstanz. Dieser gewaltsame Verlust gegen ein Naturgesetz der Volkswirtschaft macht jede Ertragssteigerung von vornherein unmöglich.

Von den übrigen Erzeugnispreisen fallen auf den Bauer ein Drittel und auf die Betriebsmittel zwei Drittel. Der heutige Getreidepreis von 6 RM je Zentner steht auf etwa 70 Prozent des Vorkriegsstands, der Schlachtpreis auf 75 Prozent und darunter. Die Betriebsmittel (Maschinen, Düngemittel, Pflanzmittel, Tergilien, Lederwaren, Frachten) stehen auf durchschnittlich 100 Prozent des Friedensstands. Dies Verhältnis schließt jeden Versuch der Intensivierung aus.

Der deutsche Getreidepreis stand vor dem Krieg weit über Weltmarktpreis, so daß er den Zoll sowie auch die Kosten der Seefracht tragen konnte. Die starke Kaufkraft einer blühenden Exportindustrie gestützte das. Heute steht der deutsche Getreidepreis 35 Prozent unter Weltmarktpreis. Eine Folge des Steuerdrucks, der allgemeinen, besonders landwirtschaftlichen Kreditnot und der geschwächten Kaufkraft des deutschen Volkes.

Jedes wirtschaftliche Verhältnis rückt sich; und das Geschickte muß sich um so schlimmer rücken, als bei seinem Fortbestehen die Traglasten unserer gesamten Volkswirtschaft zusammenbrechen würden. Während in der agrarischen Hälfte der Volkswirtschaft die freie Wirtschaft wieder eingeführt worden ist und zwar mit dem Erfolg der Vermehrung und Verbilligung der Erzeugnisse, besteht in der industriellen Hälfte der Volkswirtschaft, welche auf Kohlenbergbau basiert ist, noch die gleiche Planwirtschaft. Die Industriellen sind die treibende Kraft des deutschen Bergbaus, doch unter dem Diktat des Reichskohlenkommissars ein erschreckendes Beispiel unermesslich ist. Jedenfalls nach letzten Frachten, den Leistungen und Preisen zu urteilen, von denen die ersten immer noch 40 Prozent unter dem Friedensstand und die letzteren immer noch 75 Prozent über diesem stehen. Ist das System eine unerträglich schwere Belastung der Volkswirtschaft insgesamt und eine schier unerträglich für die Landwirtschaft. Denn die von der Landwirtschaft benötigten Betriebsmittel, wie Maschinen, Tergilien, Baumaterialien, Frachten und Düngemittel, sind ja im wesentlichen weiter nichts als verarbeitete Kohle. Erst nach Wiedereinführung vollkommener Wirtschaft in der industriellen Hälfte unserer Volkswirtschaft werden wir erleben, daß jenes verhängnisvolle, geradezu tödliche Verhältnis, welches intensive Landwirtschaft unmöglich macht, aus der deutschen Wirtschaft verschwindet.

Aber es ist heute ein ungenügender Trost, daß die Betriebsmittelpreise der Landwirtschaft „eines Tags“ sinken werden und sinken müssen. Jetzt stehen sie eben zu hoch. Der Monat Februar ist da, und die Befürchtung der Landwirtschaft steht vor der Tür. Es entscheidet sich das Schicksal der nächsten Ernte. Wenn die deutsche Ernte im nächsten Jahr nicht gerettet ist, so wird die deutsche Industrie, die deutsche Industrie-Produktion, ja die ganze Nation mit unvorstellbarem Schaden gewahrt werden, welche unheilbarer Schaden in diesem Februar und in den folgenden Monaten angerichtet ist. Der Industrie wird eine geschwächte Landwirtschaft gegenüber stehen. Sie wird also keinen Markt haben und wird teure Agrarpreise und eine jedes erträgliche Maß übersteigende Arbeitslosigkeit zugleich erleben. Die Abschreibungen auf dem Rohmaterial- und Düngemarkt werden hier bereits eine drohende Sprache.

Von dem Stücklohnbedarf dieses Wirtschaftsjahres hat die Landwirtschaft bisher erst ein Drittel abgenommen, zwei Drittel oder rund 150 000 Tonnen reinen Stickstoffs barren noch der Bestellung. Es ist ernstlich zu befürchten, daß bei Fortbestehen der geschwächten Wirtschaftslage und der herrschenden Kreditnot 100 000 Tonnen reinen Stickstoffs von der Landwirtschaft nicht abgenommen werden können. Das aber würde wiederum einen Ernteausfall von mindestens 20 Millionen Zentner Getreide darstellen. Dieser Ausfall, der mit dem Fehlen anderer Dünger- und Pflanzmittel bedenklich anwachsende könnte, würde zum Dreipunkt unserer politischen Sorgen werden.

Es genügt nicht, daß infolge von Vereinfachungen, die zwischen der Rentenbank und der Reichsbank zutreffen sind, die Reichsbank die Rentenbank-Kredite der Landwirtschaft auf möglichst kleinem Wege zuführt. Der gegenwärtig herrschende Zinssatz von 18 bis 24 Prozent ist eben für die um ihre Existenz ringende Landwirtschaft völlig untragbar. Im übrigen ist das von mir behandelte Problem überhaupt nicht handhabbar zu lösen. Es ist eine Frage wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und dringender Notwendigkeit. Der Stickstoff und die übrigen Düngemittel werden

den nur dann in genügender Weise angewandt, wenn die Anwendung Erfolg verspricht. Bei einem Roggenpreis von 6 Mark je Zentner dürfte ein Kilogramm reinen Stickstoffs nur 85 Pfennige kosten und nicht wie jetzt 1,25 RM. Hier liegt der Angelpunkt. Wird dieser nicht schnell erkannt und dann gehandelt, so ist ungeheurer wirtschaftlicher und politischer Schaden unvermeidlich. Die Agrartritte würde einem stürmischen Sturz am entgegenstehen. Ich unterbreite deshalb dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und dem Reichsfinanzministerium folgenden Vorschlag:

Der Landwirt kauft mit Kornanweisungen, ausgestellt auf die nächste Ernte, diejenigen Mengen Düngemittel, die er heute braucht. Der Ausgleich findet nun auf der Grundlage eines natürlichen, vernünftigen Barverhältnisses. Die Düngemittel-Industrie wird in die Lage versetzt, diese Kornscheine diskontieren zu erhalten. Also:

1. Landwirt J. kauft ein oder mehrere Kornscheine (Lieferung) lautend auf je 20 Zentner monatliche Ware aus.

2. Landwirtschaftliche Körperschaften sammeln diese Scheine und übermitteln sie nach Einholung einer Gemeinschaftshaltung an die Stickstoff-Kali-Phosphor-Werke, welche auf Grund eines verabredeten Barverhältnisses liefern.

3. Die Industrie reicht die Kornscheine der Landwirtschaft bei der Reichsbank ein. Diese diskontiert sie.

Ich bin mir über die Auswirkung dieses Planes vollkommen klar. Auch in finanzpolitischer Hinsicht. Ich weiß, daß die Stickstoffindustrie gegenwärtig außerstande ist, ihre Preise auf die Höhe des von der Landwirtschaft benötigten Wertes zu senken, solange eben die Kohlepreise nicht wesentlich herabgesetzt sind, und solange die Industrie noch auf der Basis englischer Kohlen funktioniert. Aber über dieses Hindernis müssen wir fort. Es ist keine Stunde zu verlieren.

Eine neue Verwaltung für die Pfalz?

In Pariser politischen Kreisen wird berichtet, die französische Regierung habe der englischen Regierung zur Lösung der Frage, ob die freie Gemeindeverwaltung in der Pfalz wiederhergestellt werden soll, einen Vorschlag unterbreitet. Dieser geht dahin, der Rheinlandkommission den Auftrag zu erteilen, vorübergehend Gemeinderäte einzusetzen, deren Mitglieder aus den Parteien genommen werden sollen, die weder äußerlich rechts noch äußerlich links, vor allem aber keine Anhänger der Sonderbündler sein sollen. Es wird nicht erklärt, ob die französische Regierung nicht die Absicht hat, durch die französischen Beamten die Auswahl der Persönlichkeiten zu treffen, die an die Stelle der gewählten unteren Bürgermeister und bürgerlichen Beamten treten sollen. Man hat offenbar in Paris wenig Hoffnung, daß das englische Arbeiterkabinett durch eine derartige Maßnahme das Selbstbestimmungsrecht des pfälzischen Volks beschneiden lassen wird, denn die Arbeiterpartei müßte in erster Linie darauf bedacht sein, die freie Gemeindeverwaltung, die durch Gewaltakte verdrängt worden ist, wiederherzustellen. In bürgerlichen radikalen französischen Kreisen bezweifelt man deshalb den Vorschlag der französischen Regierung als einen platonischen Fehler, der unsicher habe vermeiden werden können, wenn man darüber nachgedacht haben würde, welche Verpflichtungen die englische Arbeiterpartei gegenüber ihren Anhängern im Lande und im Ausland zu erfüllen hat.

Der Londoner „Observer“ berichtet, daß die französische Regierung einen Vorschlag gemacht habe, der darauf ausgeht, in der Pfalz eine neue Verwaltung einzuführen. Dieser Vorschlag unterliegt augenblicklich der Prüfung der englischen Regierung. Sollte die deutsche Regierung keine Einwendungen zu machen haben und sollte klar festgestellt werden, daß 1. die vorerwähnte Vermutung eine zeitweilige Maßnahme für die Dauer der Besetzung darstellt, 2. daß nicht die Rede davon ist, die staatsrechtliche Stellung der Pfalz als Bestandteil des Reichs zu verlieren, 3. daß der vorgeschlagenen Vermutung niemals eine Autorität verliehen werde, die der Weimarer Verfassung widerspricht, dann würde die englische Regierung diesen Vorschlag annehmen können. Jedenfalls ist es aber, wie der „Observer“ sich ausdrückt, etwas schwer verständlich, warum eine solche Verwaltung eingeführt werden soll, wenn es nicht allein aus dem Grund geschehe, auf diplomatischem Wege einer unumgänglichen Lage zu entgehen.

Das englische Blatt bemerkt ferner richtig, daß das Einverständnis der deutschen Regierung nötig ist, um eine solche zeitweilige Regelung vorzunehmen.

Neue Nachrichten

Deutsche Bekleidungsindustrie für Wilson

Berlin, 6. Febr. Auf eine Anfrage des Deutschen Botschafters in Washington hat die Reichsregierung ihre anfängliche Stellung, daß Wilson für die Reichsregierung nur als Privatmann in Betracht kommt, und daher eine amtliche Trauerbegleitung nicht nötig ist, dahin geändert, daß zwar die staatliche Beerdigungsbegleitung unterbleiben solle, daß es aber dem Botschafter überlassen bleibe, ob und in welcher Form er persönlich an den Trauerfeierlichkeiten teilnehmen wolle. Demnach wird während des Besuchs der deutschen Botschaft in Washington die Pfalz auf halbwegs gestellt.

98. Jahrgang

Diktatur in Pirmasens

Pirmasens, 6. Febr. Die Kommunisten haben sich des Rathauses bemächtigt und daselbst besetzt. In der Nacht vom vorgestern auf gestern wurden in Pirmasens acht Einbruchsdiebstähle begangen.

Von dem Bezirkskommissar ist ein diesbezüglicher Nachhause vorbestrafter Gelegenheitsarbeiter namens Schindler zum Diktator von Pirmasens ernannt worden. Bei der Umbenennung einer Lebensmittelgroßhandlung wurde der Besitzer Kling, der sich zu verteidigen suchte, indem er auf die Widereröffnung der Hof, von den Eindringlingen überwältigt und unter schweren Mißhandlungen und Welterkeiten vor das Rathaus geschleppt. Der Schwerverletzte konnte schließlich von der empörten Menge aus den Händen der Separatisten befreit werden, während die französische Gendarmerie sich bei diesem handstreichlichen Vorfall völlig unaktiv verhielt, nahm sie in der Wohnung Klingens eine Hausdurchsuchung vor, um festzustellen, mit welchen Waffen er sich verteidigt habe. Bei den in der Stadt unheilbar gewordenen Zuständen hat General de Rey dem Stadtrat den Befehl erteilt, er möge einen Bescheid fassen, daß die vertriebenen städtischen Beamten sofort zurückzuführen hätten, um die Arbeit wieder aufnehmen zu können. Die Polizei bleibt nach Anordnung des Generals weiter entwaffnet, jedoch die städtischen Beamten keinerlei Schutz haben. Nach einer Mitteilung des französischen Delegierten will General de Rey auf die Freilassung der im Regierungsgebäude nun Spener festgehaltenen Polizeibeamten von Pirmasens keinen Einfluß haben.

Erläuterung des Sachverhältnisses

Berlin, 6. Febr. Gegenüber den Berliner Meldungen des „Danziger Express“ und des „Münchener Beobachters“ von einer angeblichen Entsendung des zweiten Sachverständigen-Ausschusses über unzureichende Auskünfte in Berlin stellt der Ausschuss in einem öffentlichen Bericht fest, daß er von amtlicher wie privater Seite nur mögliche Unterstützung gefunden. Der Ausschuss habe es nicht für nötig erachtet, irgendwelche Untersuchungen anzustellen, da das Bantagebühren verliefen.

Der „Anschlag“ gegen Seest

Berlin, 6. Febr. Die beiden Spitzel Teitenborn und Gilbert, die den angeblichen Anschlag gegen General v. Seest vorantreiben, sind klaglos. Es ist ein Hoffbefehl gegen sie erlassen.

Herabsetzung der Kohlenpreise

Berlin, 6. Febr. Das Reichswirtschaftsministerium hat neue Verhandlungen mit den Zechen des oberrheinischen Gebiets über eine weitere Herabsetzung der Kohlenpreise auf 20. Februar eingeleitet. Bis 1. April sollen die Vorkriegspreise womöglich wiederhergestellt sein.

Untersuchungen in Thüringen

Berlin, 6. Febr. In Berlin sind verschiedene kommunistische Führer verhaftet worden. Beamte der politischen Polizei sind nach Thüringen und Sachsen geschickt worden zur Verfolgung von Raub- und Diebstahlverbrechen an Waffen, Munition und Sprengstoffen.

Vollstimmung in Hannover

Berlin, 6. Febr. Dem mehrfach gestellten Antrag der Reichspartei in Hannover, eine Vollstimmung über die Auflösung Hannovers von Preußen und die Umgestaltung in einen selbständigen Bundesstaat des Reichs hat das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung einstimmig zugestimmt. Die Abstimmung soll 14 Tage nach den nächsten Reichstagswahlen stattfinden.

Inspektion in Oppenheim

Königsberg, 6. Febr. Die Industriearbeiter in Oppenheim haben den selbständigen Arbeitstag abgelehnt und sind darauf gekündigt worden. Sie haben das Eingreifen der Gewerkschaften angefordert, so daß mit einem Generalstreik gerechnet werden kann. Bis jetzt haben laut Königsberg 30 000 Arbeiter die Kündigung erhalten. Auch die Arbeiter der Staatsbetriebe haben die selbständige Arbeitszeit abgelehnt.

Wo sind die Sonderbündler hingelommen?

Speyer, 6. Febr. Die Städte Wiesbaden, Mainz und Worms sind von den Sonderbündlern geräumt worden. Man befürchtet vielfach, daß sie in die Pfalz zurückzukehren werden.

Wann vertritt man vermute, daß eine Verständigung

zwischen England und Frankreich über die Pfalz nach der Richtung zustande komme, daß der frühere Stand wiederhergestellt werde, die französische Regierung behalte sich aber vor die Rückkehr der Beamten in jedem anderen Fall zu genehmigen.

Die Pariser Presse ist gegen die Pfalz-Rote der Reichsregierung sehr aufgebracht. Der überhebliche Ton sei für Deutschland ganz unpassend. Sie wäre im Irrtum, wenn sie wieder auf die französisch-englische Meinungsverschiedenheit bauen wollte.

Dem Pariser „Demos“ zufolge will die französische Re-

er Auswanderer...
nachm. 4 1/2 Uhr
Seminar
abend
Arnoulli
Stuttgart
Mörke, Goethe,
Lehrbuch
Herrn Schmid.
Mk.
Bibliotheken-Anstalt
Eisenbahn.
12 u. 2-5 Uhr.
Immobilien!
Mietshaus zu kaufen
wird streng reell be-
urteilt jeder Art!
Bau-Darlehen
Kapital! 309
Bedarf:
Schreibwaren
Zeichenwaren
Gesangbücher
Bedarf
Lernmittel
einer Ausführung
Nagold.
Kauf und Summa,
Marken und Preislisten,
Kauf
Wittich, Kalkstein,
pa. etc.)
kaufend lieferbar.
Anfrage oder vorbestell-
franko. 51
Nagold, K. Reichsstr. 23.
Nagold 23 505.
Guts 8 Zentner 359
Weizenstroh
verkauf oder auch
gegen Düng.
Wer? sagt die Ge-
schäftsstelle.
Nagold b. S. W. Jäger.

gierung sich der Rückkehr der von den Sonderbüchsen aus der Polka ausgewichenen deutschen Beamten nicht widersehen, dagegen sollen die von der Rheinlandmission verfertigten Ausweisungen aufrechterhalten werden.

Ende des Buchdruckerstreiks in Saarbrücken

Saarbrücken, 6. Febr. Die Buchdruckergehilfen haben mit 82 gegen 77 Stimmen beschlossen, die Arbeit heute wieder auszunehmen. Der achtstündige Arbeitstag ist bis auf weiteres gewährleistet. 14 Tage lang sind keine Zeitungen mehr erschienen.

Wasserkauf in Frankreich

Paris, 6. Febr. Die Zeitungen behaupten, daß infolge des gestiegenen Frontenwerts von Deutschland übermäßig viele Waren in Frankreich eingekauft werden. So seien in Bordeaux in drei Wochen für 30 Millionen Franken Nahrungsmittel, viele Waren usw. gekauft worden. Die Handelskammer in Bordeaux fordert auf, daß von deutschen Käufern sonstige Leistungen in Frankreich verlangt werde, und daß keine lebenswichtigen Waren an Deutsche abgegeben werden. Die Blätter meinen, die Käufe seien ein Beweis, daß noch viel Geld in Deutschland sei, und sie verlangen, daß die Regierung Ausfuhrverbote erlasse, wo es sich um offensichtliche Spekulationskäufe handle, die den Frontenwert herabdrücken.

Max Donald wünscht den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

London, 6. Febr. Einem Vertreter des „Daily Dispatch“ erklärte Max Donald, Deutschland und Rußland sollten in den Völkerbund eintreten. Bei Rußland ergeben sich gewisse Schwierigkeiten, aber bezüglich Deutschlands müßte auf der Forderung bestanden werden. Was das Verhältnis Englands zu Frankreich angeht, so werde Großbritannien nicht länger beiseite stehen und die Ereignisse abwarten.

Englische Unterstützung für den Deutschen Metallarbeiterverband

London, 6. Febr. Auf einen Bericht des Vertreters des Deutschen Metallarbeiterverbands, daß der Verband sich in beehringender Finanzlage befinde, hat der Sekretär des englischen Metallarbeiterverbands, Bronaoleg, die englischen Gewerkschaften aufgefordert, einen Beitrag von drei Pence (25 S.) von jedem Mitglied für den deutschen Verband zu leisten.

Flucht Huerta?

Neuport, 6. Febr. Nach einer Meldung aus Vera Cruz (Mexiko) hat der ausländische General Huerta mit seinem Stab auf einem Schiff Vera Cruz verlassen. Die Stadt soll von den ausländischen Truppen geräumt worden sein.

Wohnungsbau in England

London, 6. Febr. In einer Besprechung des Gesundheits- und des Arbeitsministers mit Vertretern der Bauunternehmer und der Bauarbeitergewerkschaften teilten die Unterredner mit, daß ein Bauplan in Arbeit sei, nach dem innerhalb eines Jahres im ganzen Land 200 000 Häuser erbaut werden können. Die Regierung glaubt, daß die Zahl zu hoch gegriffen sei; es wäre wünschenswert, daß wenigstens 120 000 Wohnhäuser erstellt werden.

Balliger Brand ohne Tote

Warschau, 6. Febr. Hier erregt die Nachricht große Erregung, daß Belgien, Litauen, Estland, Lettland und Rußland sich angeschlossen zu einem Staatenbund vereinigen wollen, der zunächst eine Erleichterung des Zollwesens und der Handelsverbindungen herbeiführen soll. Da zwischen Litauen und Polen eine Art Kriegszustand und ein offener Handelskrieg besteht, könnte von einer Vereinigung Polens keine Rede sein.

Staatsunterstützung für Parteiangestellte

Berlin, 6. Febr. Aufsehen erregt die Tatsache, daß von der Verwaltung der Reichsstelle für die Erwerbslosenunterstützung an Parteifunktionäre Kursarbeitenunterstützungen gewährt worden sind. Das Reichsarbeitsministerium wird ein die Angelegenheit allgemein regelndes Rundschreiben erlassen.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 5. Febr.

Am Landtag wurden heute zunächst kleine Anfragen beantwortet. Bezüglich der in einer Anfrage des Abg. Baumgärtner behandelten Frage der Aufhebung von Bausperrstellen wurde von Staatsrat Rau erklärt, der Oberpostdirektion Stuttgart sei bis jetzt nur die Aufhebung einer Postsperrstelle bekannt geworden. Die Regierung habe eine Beschließung der Post- und Fernsprecherhältnisse auf dem Lande nicht für erträglich. — Auf die Anfrage der Abg. Schepferle und Kesper erwiderte Staatsrat Rau, die Landesversicherungsanstalt Württemberg zahle jetzt an Invalidenrente monatlich 13, an Witwenrente 2, an Waisenrente 7 und an Kinderzuschuß 3 M. Nur die Invalidenrente sei niedriger als der Durchschnittssatz von 1914 (M. 16,10). — Schließlich richtete Staatsrat Rau in Beantwortung einer Anfrage Dingler und Körner die dringende Aufforderung der Brennholzfrage. Die Last der Brennholzfrage trage zu fünf Sechsteln der Staatsnach. Der Abbau des Landesversicherungsamts und seine Auflösung auf 1. April würden durch die im Gang befindliche Brennholzfrage nicht aufgehoben.

Sodann wurde die zweite Lesung des Kirchengesetzes fortgesetzt und ein sozialdemokratischer Antrag monach kirchliche Anleihen der staatlichen Mitwirkung bedürfen, mit 39 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Weiterhin wurden zwei Zentrumsanträge angenommen, denen zufolge die kirchlichen Disziplinargerichte berechtigt sind, in dienstlichen Untersuchungen Zeugen zu laden und monach ein kirchliches Disziplinargericht berechtigt ist, Zeugen auch zu verurteilen. Die Beobachtung soll bürgerliche Wirkung haben. Eine vom Zentrum beantragte Entschließung, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß auch dem Bischöflichen Ordinariat in Rottenburg das Recht zuhöht, Ansuchen aus dem Strafregister zu verlangen, wurde

im Sinne einer Anregung des Abg. Heymann (Soz.) angenommen, monach sämtlichen Oberkirchenbehörden dieses Recht zustehen soll. Abgelehnt wurde dagegen ein Zentrumsantrag, demzufolge das Kultusministerium in besonderen Fällen Befreiung von der Bestimmung hätte gewähren können, daß die mit dem Kirchenamt verbundene staatsrechtliche Stellung den Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit voraussetzt. Ein Antrag des Abg. Dr. Beißwänger u. Gen. (S.B.) daß, wenn bei einer staatlichen Vorkehrung in Beziehung auf Religionsgesellschaften Zweifel entstehen, das Kultusministerium die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs anrufen kann, wurde abgelehnt. Die Beendigung der zweiten Sitzung ist für morgen zu erwarten. Auf der Tagesordnung stehen außerdem noch einige Anträge.

In der Sitzung am Mittwoch wurde die zweite Lesung des Kirchengesetzes zu Ende geführt. Ein Zentrumsantrag, der „Toten Hand“ (der lat. Kirche) für Grundstücks- und Vermögenserwerb dieselben Rechte einzuräumen wie jeder anderen juristischen Person des bürgerlichen und öffentlichen Rechts, wurde von den Abg. Braig und Soz. begründet. Die „Tote Hand“ bilde keine Gefahr für den Staat, das Verbot passe nicht mehr in die heutige Zeit. Redner anderer Parteien, auch Staatspräsident Dr. Hiebler machten geltend, daß eine solche Frage nicht im Rahmen des Kirchengesetzes geregelt werden könne und ihre Tragweite in wirtschaftlicher Hinsicht besonders geprüft werden müsse. Abg. Bagille stellte den Antrag auf Ueberweisung des Zentrumsantrags an den volkswirtschaftlichen Ausschuss. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Bagille mit 32 gegen 27 Stimmen bei 23 Enthaltungen und der Zentrumsantrag mit 37 gegen 19 Stimmen bei 25 Enthaltungen abgelehnt. — Das Kirchengesetz soll am 1. April 1924 in Kraft treten.

Sodann wurde noch längere Zeit über einen Antrag Hiller und Gen. (S.B.) gesprochen, die gegen Angehörige des Handels- und Gewerbestands wegen Verlangens von wertbeständigen Geld anhängigen Prozesse niederzuschließen. Die Antragsteller führten ins Feld, daß die Händler nicht unzulässig, sondern nur der Not gehorchend, wertbeständiges Geld verlangen, weil sie solches auch an die Geächteten bezahlen müßten. Abg. Rohmann (S.B.) gab die ganze Schuld der Regierung, die es verunmöglicht habe, rechtzeitig wertbeständige Zahlungsmittel einzuführen. Abg. Winler (Soz.) vertrat dagegen die Auffassung, daß auch bewilligt, aus persönlichen Egoismus Waren zurückgehalten worden seien. Angenommen wurde schließlich ein von Justizminister Begele in zustimmendem Sinne angenommener Antrag Soz. (Hr.), das Staatsministerium zu eruchen, in den Strafverfahren Obdangefahrte willfährig zu behandeln, sowie die Staatsanwaltschaften anzuweisen, von der Möglichkeit, solche Verfahren einzustellen, häufig Gebrauch zu machen.

Württemberg

Stuttgart, 5. Febr. Eine Steuer- und Gebührentabelle. Das Hauptzollamt Heilbronn ist dazu übergegangen, die Weinsteuer nicht vom Verkaufspreis, sondern von dem bei der Abholung des Weins geltenden Tagespreis zu erheben. Infolgedessen haben Weingärtner, die ihren Wein beispielsweise mit 140 M. verkaufen, heute aus einem Weinpreis von 200—250 M. Steuer zu zahlen, obwohl sie diesen Betrag gar nicht erhalten. Der Abg. Streibel (S.B.) hat deshalb an das Staatsministerium die „kleine Anfrage“ gerichtet, ob es bereit sei, diesem steuerlichen Unfug entgegenzutreten.

Abgabe von Kaufstreifen. Die Abg. Körner u. Gen. haben im Landtag den Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu ersuchen, für eine weitere und freigelegte Abgabe von Kaufstreifen Vorkehrung zu treffen, da es gegenwärtig diesen kleinen Landwirten nicht mehr möglich ist, Ersatzmittel für das fehlende Streumaterial beschaffen zu können. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags stellt einen Antrag Strobel u. Gen. über die Errichtung von Bandtraktorenklassen zurück, bis der Abbau der allgemeinen Krankenversicherungsanstalten und die in Aussicht stehende Bereinigung derselben einen Ueberfluß über die ständige Leistungsfähigkeit der Krankenkassen bietet.

Die neuen Gehälter in Württemberg. Nach dem jetzt den Landtag zugegangenen Besoldungsgesetz, das Rückwirkung auf 1. Dezember 1923 erhalten soll, sind folgende jährliche Grundgehälter vorgesehen: Gruppe I 606—810 Goldmark Gruppe II 666—888, III 726—972, IV 834—1110, V 978 bis 1302, VI 1152—1536, VII 1280—1550, VIII 1620—2190 IX 1890—2520, X 2250—3000, XI 2610—3480, XII 3000 bis 4080, XIII 3750—4950. Die Einzelgehälter betragen: stellvertretend 1. 5280, 2. 6690, 3. 9000 M. Hierzu kommen noch Ortszuschläge und zwar in Ortsklasse A 120—300, B 102—252, C 84—216, D 72—180, E 80—180 M.

Auftrag des Stuttgarter Milliarde-Rolles. Die von der Stadtverwaltung Stuttgart ausgegebenen Stadtkassencheine zu 5, 20, 50 und 100 Milliarden Mark sind zur Einlösung aufgerufen und verlieren mit dem Ablauf des 29. Februar ihre Gültigkeit.

Geldfälscher. Der 46jährige Holzschneider Friedr. Müller und der 27jährige Strohhalmhändler Eugen Schaidle in Stuttgart wurden mit sechs Helfern wegen Herstellung solcher 10 Millionen-Markcheine des Staats Württemberg verhaftet. 60 der falschen Scheine mit den Nummern 4566, 45 660 und 456 601 sollen im Umlauf sein. 34 Scheine wurden beschlagnahmt. Außerdem wurden andere gefälschte 10 Millionencheine des Staats sowie 50 Milliardencheine angehalten, deren Hersteller noch nicht ermittelt sind.

Berufung. Hans Münch-Holland, Konzertmeister am Landestheater, ist als erster Solocellist und späterer Nachfolger von Prof. Julius Klengel nach Leipzig an die Oper und das Gewandhaus berufen worden. — Hochschulrat Reile, Lehrer der Fachabteilung für Dekorationsmalerei an der Kunstgewerkschule, ist von der Annahme der Dekoremaler als Bewerber zu den Lehrstühlen und Meisterprüfungen gewährt worden. Dieser Beschluß ist deshalb zu begründen, weil durch ihn ein enges Zusammenarbeiten von Kunstwerk und Kunstgewerkschule gefördert wird.

Aus dem Lande

Heilbronn, 6. Febr. Der in der Nacht vom 26. auf 27. Januar in dem Rauschwarenengeschäft von A. Schumacher verübte Einbruchdiebstahl konnte dank der energischen Nachforschung seitens der Kriminalpolizei rasch aufgeklärt werden. Die Täter, zwei ganz gefährliche Einbrecher, sind festgenommen und die gestohlenen Waren fast restlos beigebracht.

Heilbronn, 6. Febr. Einfallendes Bad. Abends mochten vier Mädchen im Alter von 15—16 Jahren von der Fortbildungsschule über den gefrorenen Neckar nach Hause gehen. Plötzlich löste sich eine Eisplatte und die Mädchen verlornten sie an den Hals. Auf ihre Hilferufe kam Lehrer B. u. K. herbei und rettete sie mit eigener Lebensgefahr, indem er selbst einbrach.

Heilbronn, 6. Febr. Eine Fluchtäfers Dach. In der Mitternacht wurde ein Einbrecher im dritten Stock eines Hauses entdeckt. Klüßelte jedoch durch das Mansardenfenster auf das Dach und stieg von da auf verdeckte Dächer der Nachbarhäuser. Endlich entdeckte er einen Lichtschein, rief einem Dienstmädchen zu, sie solle ihm öffnen, er habe da oben gearbeitet, schlang sich in halbdreierlei Weise in das Fenster des Treppenhauses und entkam, obwohl Hundert und Schußleute aufgebaut waren und viele Zuschauer auf der Straße standen.

Kirchhof M. Dehringen, 6. Febr. Ertrunken. Ein 35 Jahre alter lediger Mann von hier geriet in der Dunkelheit beim Heimweg beim Ueberqueren eines Baches in das zurzeit hochgehende Wasser und ertrank.

Simmetzhelm, 6. Febr. Wächter des Kapitols. Eine unheimliche Ueberführung erfahren hier die Insassen eines Autos, das in kalender Fahrt durch den Ort fuhr. Eine Gans, die sich zu retten suchte, lag gegen den Windstoß, wobei das Glas in Trümmer ging und die Insassen teilweise so schwer verletzten, daß sie verbanden werden mußten. Dabei spizierte die Gans stolz auf und ab.

Burgberg M. Heidenheim, 6. Febr. Wasserleitung. Die heilige Gemeinde will nun auch eine Wasserleitung errichten durch Anschluß an die Landeswasserleitung.

Van Hardsfeld, 6. Febr. Schneesturm. Heute nacht tobte ein heftiger Schneesturm auf unserer Ebene. Verschiedene elektrische Masten wurden umgeworfen und lagen heute früh über der Straße.

Simmetzhelm M. Calw, 6. Febr. Teure Jagdpacht. Bei der Verpachtung der Jagd wurden für die Gemeindegeld 2100 M. und für die Jagd im Bereichsgebiet 1400 M. pro Jahr bezahlt. Das ist mehr als das Maß der Vorkriegszeit.

Comptel, 6. Febr. Ertrunken. In einem hohen Schneesturm geriet der Landwirt Hermann bei Krugell an dem schmalen Fußpfad längs der Ahr ab und stürzte die feste Böschung zum Tode hinunter. Die Leiche verlag sich in einen Gebüsch.

Gammertingen in Hohenz., 6. Febr. Unüberlegt. Im Laufe des Dezembers wurde das Gammertinger Flußwasser um 2270 MM. an einen Nachbarfließ verpachtet. Jetzt ist der Pächter beim Bürgermeisteramt um einen Teil nachsch vorstellig geworden, von der Gemeindeverwaltung aber abweisend bestritten worden.

Calw, 7. Febr. Wahlkreisversammlung der Württ. Bürgerpartei. Am vergangenen Sonntag fand hier im „Waldborn“ eine Wahlkreisversammlung der Württ. Bürgerpartei des 16. Wahlkreises (Calw, Rogold, Neuenbürg) statt. Dem sehr interessanten Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Abgeordneter Reppel-Galmbach, voraussetzend die der Landesvorsitzende, Abg. Dr. Beißwänger, den Hauptantrag. In seinen mit besonders genauen Zahlenmaterial unterstützten Ausführungen wies er darauf hin, daß der Hintergrund für keine Wahlarbeit heute wesentlich anders ausliege, als man jetzt wieder eher von den zahlreichen Soldaten an anderer Fronten und dem Feldensumpf in der Heimat reden könne. — Grim Abbas freuet man streng unterscheiden zwischen Reichsbeamten und Beamten in Württemberg. Esprellend waren die Worte, mit denen er die große Verarmung zur Volksgemeinschaft, zum Volk der Wahlkreisversammlung aufzählte. — Die Wiederwahl des Vorsitz. Reppel wurde mit allg. herzlicher Zustimmung begrüßt. Auf der Mitte der Versammlung wurde noch folgender Entschluß beantragt und angenommen: Die Wahlkreisversammlung Calw bittet den anwesenden Herrn Landesvorsitzenden Dr. Beißwänger, der Landtagsfraktion der Württ. Bürgerpartei und des Bauernbundes mitzutheilen, daß die Versammlung der Haltung der Fraktion ihre volle Zustimmung erteilt hat.

Aus Stadt und Land.

Rogold, den 7. Februar 1924.

Lichtbildervortrag. Auf den Vortrag von Fortschneiter O. Feucht „Von Wald und von der Fortschrittlichkeit“, der heute abend 8 Uhr im Festsaal des Seminars stattfand, sei nochmals aufmerksam gemacht. Etwa 60 Lichtbilder, eigene Aufnahmen des Vortragenden, werden auszuführen.

Schüleraufnahme in die Latein- und Realschule. Hiermit wird auf die Bekanntmachung im Anzeigerblatt hingewiesen, monach besonders begabte Schüler u. Schülerinnen der 3. Volksschulklasse, die vor dem 1. Jan. 1915 geboren sind, neuer probeweise in A. I. der Latein- und Realschule aufgenommen werden können. Die entsprechenden Anträge sind zunächst bei der Volksschule zu stellen, die die Kinder angeblich besuchen, zwecks Weiterleitung an die h. h. Schulen. (Min. Abt. S. 6 f.). Die den Vorbereitungsumricht befähigten Kinder gelten als angemeldet und brauchen nicht nochmals angemeldet zu werden.

Wolf-Konzert. Frau Bernoulli wird nächsten Sonntag abends 7,5 Uhr im Festsaal des Seminars wieder von Hugo Wolf singen. Nach Werke des Senesenen an die Festung, den Rat einer Alten, das Waisenkind, die Füllhülle, Denk es, o Seele u. a., nach Goethe Epiphonias, den Schöffen und die beiden caphtischen Pöbel und einiges aus dem II. und spanischen Niederbuch. Ein genaues Programm steht nächsten Sonntag in der Anzeiger. Frau Bernoulli gehört zu den besten Künstlerinnen in Württemberg und gilt außerhalb von Württemberg noch mehr dafür als bei uns und die Besucher

Ihrer letzte wie ihre bis ins tiefste ist, sind. Som der heilige Scherlaufe einen Pan enthält mu fährungen rittliche Bo Es wäre gu Schmi Die. Die. Rogold ein Einzug als Betr 1,50 M. p amwesenden pro Wertel deutscher Sch die Aufsteit in der heilig Ausgebungs verbande di M. für So den. Eine t Ein weiterer man zu den gleichich 19 besonders de Heira lufte Beständig de gemeinschaft Die nötig ge nächsten Ver. Herabsetz Herodichung gung der G farie und l lenpreise sel Vorkriegsstar Die Umlo gen Umfah- lungen auf d auszahlung a Der Steuerfo ertermal 24 Vorwegzahler Voranmei führung auf Amlose des Nachführung als vorlegen nals Januar Warden, holl oder in Gall nordamerikan den Kurzes h Bärle erfolgt Gültigere hat beschloffen Geldmarktpar einer einmanc einem erhöhte dieser Guthab zugunsten, D markguthaben des Geld anze Magnu



